

Date: 20.06.2016

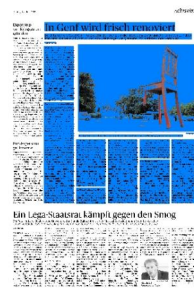
ST. GALLER

TAGBLATT

Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt / Ausgabe St. Gallen+Gossau
9001 St. Gallen
071 272 77 11
www.tagblatt.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 25'272
Parution: 6x/semaine



**HANDICAP
INTERNATIONAL**

N° de thème: 310.012
N° d'abonnement: 310012
Page: 3
Surface: 76'579 mm²

In Genf wird frisch renoviert

Bund, Kanton und Stadt Genf greifen tief in die Tasche, um die internationalen Organisationen in Genf zu halten. Manchmal bleiben aus Furcht vor der Konkurrenz sogar unangenehme Informationen unter Verschluss.



Bild: ©/Megali Giardin

Die Organisation «Handicap International» stellte die Skulptur «Broken Chair» als Mahnmal gegen Personenminen in Genf auf.



DENISE LACHAT

GENF. Er ist nach dem weltberühmten Jet d'Eau das am zweithäufigsten fotografierte Monument Genfs: Der «Broken Chair» des Schweizer Künstlers Daniel Berset, der Stuhl mit dem zerfetzten vierten Bein. Er misst zwölf Meter, wiegt 5,5 Tonnen und ist ein Mahnmal gegen den Einsatz von Antipersonenminen und Streumunition, die trotz internationaler Ächtung jedes Jahr Zehntausende von Zivilisten grausam verstümmeln. Die regierungsunabhängige Organisation «Handicap International» hatte Broken Chair 1997 als Provisorium aufgestellt, doch den Genfern wuchs die Skulptur ans Herz. So thront er weiterhin wie eine stumme Anklage gegenüber dem «Palais des Nations», dem Sitz der UNO in Genf.

Kosten von über einer Milliarde

Vor kurzem renoviert, steht er nach dem Willen von «Handicap International» heute auch als Zeichen für die Instabilität der Welt, für das Ringen um Balance, Ausgleich, Kompromiss. Damit entspricht der Broken Chair ganz dem Selbstverständnis des internationalen Genf. Ein Selbstverständnis, das die Genfer und die Bundesbehörden angesichts der heftigen Konkurrenz aus dem Ausland nun mit einem tiefen Griff in die eigene Tasche pflegen. Renovation, Um- und Neubau des in die Jahre gekommenen Immobilienparks werden über eine Milliarde Franken verschlingen. Alleine die Renovation des in den Sechzigerjahren gebauten UNO-Sitzes ist auf 836 Millionen Franken budgetiert. Der Bund und die Genfer steuern die Hälfte in Form von Darlehen bei. Der Nationalrat gab letzte Woche grünes Licht für insgesamt 440 Millionen Franken. Denn renoviert werden

muss auch das Gebäude der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) braucht einen Neubau.

Die Schweiz verteidigt so ihre langjährige Tradition als Gaststaat internationaler Organisationen. Den Grundstein legte Henry Dunant vor über 150 Jahren mit der Gründung des internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) im Jahr 1863.

1919, nach dem Ersten Weltkrieg, kam zum humanitären Pol mit dem Völkerbund ein politischer Pol hinzu. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus Genf definitiv das internationale Genf, wie es heute in der ganzen Welt bekannt ist: Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) wählte Genf für ihren Europasitz. In der Folge liessen sich zahlreiche Programme und Sonderorganisationen der UNO in der Rhonestadt nieder, neben der WHO auch die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) oder jenes für Menschenrechte (OHCHR).

Zwei Jahre Ringen um die ITU

Stand das Palais des Nations zunächst noch einsam auf der grünen Wiese, ist das Quartier inzwischen dicht bebaut: 30 internationale Organisationen, mehr als 300 Nichtregierungsorganisationen und die ständigen Vertretungen von 173 Ländern machen Genf zu einem Zentrum der «globalen Governance», wie es der Bundesrat in seiner Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat formuliert. Die hohen Kosten in Genf, der Spardruck auf den Organisationen wie auch neue Technologien und Arbeitsmethoden bringen regelmässig Ab-

wanderungspläne aufs Tapet – und lösen bei den Schweizern Hektik aus. Jüngstes Beispiel ist die Internationale Telekommunikationsorganisation (ITU). Indien und die Arabischen Emirate wollten die ITU von Genf weglocken. Nach zwei Jahren Hin und Her fiel Ende Mai der Entscheid zum Verbleib in Genf. Welsche Medien schrieben, der Bund habe die gesamten 150 Millionen Franken für den Neubau als Darlehen versprochen.

Das Aussendepartement (EDA) widerspricht. Die Schweiz sei von der ITU wegen eines Darlehens angefragt worden, doch die Diskussionen hätten sich bisher auf technische Fragen beschränkt. Zudem werde jeder Kredit dem Parlament vorgelegt.

Bericht unter Verschluss

Dennoch: Die Schweizer sind nervöser als auch schon, wenn es um die Interessen des internationalen Genf geht. So blieb ein Bericht des Genfer Rechnungshofs, welcher der Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) Günstlingswirtschaft und eine sehr ungefähre Geschäftsführung vorwarf, während Monaten unter Verschluss. Nach dem Motto: Jetzt bloss keine Polemik in der heiklen Phase, in der die 173 Mitgliedsländer der UNO über ihre Hälfte der Palastsanierung debattieren. Die Renovation ist im Trockenen. Wer die Geheimhaltung veranlasst hat, bleibt umstritten: Rechnungshof und FIPOI schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Ebenfalls noch ausstehend ist die Publikation des Berichts über die FIPOI, den das EDA beim ehemaligen Bundesrichter Claude Rouiller in Auftrag gegeben hat. Mit dem Dossier vertraute Quellen wissen, dass

Date: 20.06.2016

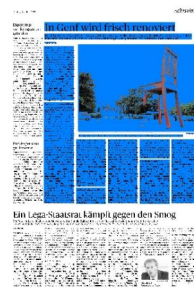
ST. GALLER

TAGBLATT

Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt / Ausgabe St. Gallen+Gossau
9001 St. Gallen
071 272 77 11
www.tagblatt.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 25'272
Parution: 6x/semaine



**HANDICAP
INTERNATIONAL**

N° de thème: 310.012
N° d'abonnement: 310012
Page: 3
Surface: 76'579 mm²

Rouiller die Mängel bestätigt.
Die FIPOI hat inzwischen einen
neuen Direktor und soll ihre
Arbeitsweise verbessert haben.

Um Genf als Drehscheibe der
Schweizer Diplomatie, der Aus-
sen- und Wirtschaftspolitik zu
erhalten, lässt die Schweiz den
Organisationen viel Zeit. 50 Jah-
re, um zinslose Darlehen für
Neubauten zurückzuzahlen, 30
Jahre bei Renovationen zu zins-
günstigem Kredit. Böse Zungen
behaupten, das sei kein Kredit,
sondern ein Geschenk.